



Niederschrift

12. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 6 der Tagesordnung: Öffnung der Kindertageseinrichtungen zum 29. Juni 2020: Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen

Vorlage: 2020/0778

dazu:

Anteilige Berechnung der Kita-Gebühren verwirklichen

Änderungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2020/0922

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss

1. für die anteilige Erstattung der Elternbeiträge während der Notbetreuung beziehungsweise des eingeschränkten Regelbetriebs vom 1. Mai bis 28. Juni 2020 die Bereitstellung von 269.600 Euro Mehraufwendungen zur Kompensation der Kita-Beiträge der freien Träger und die Übernahme der Mindererträge von 35.000 Euro der Kita-Beiträge.
2. die Ergänzung von Teil B, Ziffer 1, Alternative 1, Nr. VI. der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage. Diese Ergänzung tritt rückwirkend zum 29. Juni 2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 44 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 11 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Gerechtigkeit ist ein großes Thema in dieser Pandemie. Das zeigt sich im Großen wie im Kleinen, bei den Pflegekräften als auch bei der Entlastung von Eltern, beim

Recht auf Bildung und Betreuung bei Kindern. Das ist ein Thema, das uns schon eine Weile beschäftigt. Wir in Karlsruhe nehmen diese Gerechtigkeit ernst. Das haben wir von Tag 1 dieser Pandemie gezeigt. Mit der Beitragsrückerstattung für freie Träger seit den ersten Wochen, mit unserem GRÜNE-Antrag für unbürokratische Hilfe für Träger, die in Not geraten. Und auch die heutige Vorlage spricht diese Sprache der Gerechtigkeit. Auch, wenn auf der anderen Seite das aufmerksame Auge der Elternbeiräte der verschiedenen freien Kitas uns anderes signalisiert hat. Keine tagesgenaue Rückerstattung der Elternbeiträge während der Zeit des eingeschränkten Regelbetriebs. Das war die Kritik, die vielfach an uns herangetragen wurde in den letzten Tagen und Wochen. Das ganze gepaart mit Unverständnis und einem Gefühl von Ungerechtigkeit bei den Eltern.

Ich bin ganz ehrlich, wir haben es uns als Fraktion auch nicht ganz leicht gemacht, diese Entscheidung, für diese Verwaltungsvorlage zu stimmen. Aber haben uns dann im Endeffekt doch so entschieden. Es ist eben auch in dieser Verwaltungsvorlage so angelegt, dass es ein Entgegenkommen an die Eltern ist. Wir haben eine anteilige Berechnung erst ab dem Zeitpunkt des Betreuungsbeginns, der in der Vorlage steht. Die tageweise Abrechnung, so wurde uns deutlich gemacht in Gesprächen mit Frau Langeneckert von der Sozial- und Jugendbehörde, für einen sehr geringen Personenkreis, für eine sehr kurze Zeit, wäre ein sehr hoher zusätzlicher Aufwand für eine überschaubare Zahl von Einzelfällen. Zusätzlich sind es genau die sozial Benachteiligten in unserer Stadtgesellschaft, die von vornherein keine Gebühren zahlen. 30 % an der Zahl. Wir werden diese Zahl heute noch erweitern im nächsten Antrag, der auf der Tagesordnung steht. Das heißt, die haben auch keine Rückerstattungen, von denen sie ausgehen müssen.

Den betroffenen Eltern werden bereits 80 % der Beiträge durch die Stadt erstattet. Wir reden hier von den übrigen 20 %. Das heißt, das ist eine relativ kleine Kröte, die man schlucken muss. Gleichzeitig muss man sagen, was noch viel wichtiger und vielfach unerwähnt geblieben ist, dass das ein Kraftakt für die Mitarbeitenden in den Kitas war, ein Kraftakt für die Menschen in der Verwaltung, in dieser völlig neuen Situation all das zu koordinieren mit begrenzten personellen und finanziellen Mitteln. Das heißt, an der Stelle wäre ein großer Dank aus unserer Sicht an die Sozial- und Jugendbehörde und all ihren Mitarbeitenden angebracht. Wir reden gleich im nächsten TOP noch über die neue Beitragssystematik und über die Deckelung der Beiträge, die dann auch in der Zukunft passieren soll. Das ist die viel größere Entlastung angesichts der kleinen Trübung im Wasser. Deswegen stimmt unsere Fraktion heute gerne zu.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich darf auch für meine Fraktion sagen, dass wir natürlich sehr froh sind, dass unsere Einrichtungen seit dem 29. Juni wieder geöffnet sind für alle Kinder. Es war wirklich eine schwere Durststrecke, die die Familien durchmachen mussten in den Wochen davor. Natürlich ist es so, dass in einer solchen Situation wir nicht jedem individuellen Anliegen entgegenkommen können. Meine Fraktion kann sehr den Unmut einiger Eltern nachvollziehen, die sich jetzt ungerecht behandelt fühlen. Da gibt es auch Einzelfälle, wo es wirklich ungleich erscheint, wenn das Kind zum Beispiel nur an einem Tag in der Woche in der Einrichtung war, aber dies seit Anfang des Monats tut, trotzdem den vollen Beitrag bezahlen muss. Deswegen hatten wir auch schon in der Jugendhilfeausschusssitzung darum gebeten, ob es denn nicht doch möglich ist, seitens der Verwaltung ein einfaches Verfahren hinzubekommen, um diesen Sonderfällen gerecht zu werden.

Denn wir sehen schon, dass eine taggenaue Berechnung der Beiträge doch sehr aufwändig ist für die Verwaltung. Insofern wollen wir diesen Weg nicht gehen. Wir appellieren aber gerne

noch einmal an die Verwaltung, zu sagen, wenn es eine Möglichkeit gibt, in besonderen Einzelfällen vielleicht entgegenzukommen, dann würden wir das ebenso unterstützen. Für heute tragen wir die Vorlage mit. Auch begrüßen wir es, dass wir jetzt den Einsatz von geeigneten Kräften möglich machen, um die Personalsituation in unseren Kitas gut zu haben und eine entsprechende gute Betreuung für unsere Kinder vorhalten zu können.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir folgen der Beschlussvorlage der Verwaltung, die Elternbeiträge für den entsprechenden Zeitraum anteilig zu erstatten. Sehr gerne hätten wir den Eltern diese Beiträge vollumfänglich erstattet. Dass dies finanziell nicht möglich ist, dürfte allen hier im Hause klar sein, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir die Einrichtung der Kinderbetreuung bei allen Einschränkungen grundsätzlich erhalten mussten, und das mit einem sehr großen finanziellen Aufwand. Die Verwaltung hat ausführlich in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses dargestellt, dass eine taggenaue Abrechnung für alle Kinder in Betreuung einen sehr hohen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen würde.

Natürlich kann man in Anbetracht der Belastung, die Eltern mit Kindern in den letzten Wochen und Monaten zu tragen hatten, eine solche taggenaue Abrechnung, die die Verwaltung mit dem vorhandenen Personal kaum leisten kann, dennoch fordern, wie es DIE LINKE. hier tut und wie wir es auch in zahlreichen Schreiben lesen mussten. Man muss es aber dennoch als zynisch bezeichnen, wenn man diese Forderung, wie es DIE LINKE. in ihrem Antrag getan hat, mit großem Vertrauen in die Verwaltung begründet. Denn diese hat in der Ausschusssitzung sehr klar dargelegt, dass es so nicht leistbar ist. Wir haben es ausgiebig diskutiert. Wir haben es abgewogen. So kommen auch wir als SPD-Fraktion zum Schluss, dass es nicht so einfach gewährleistet werden kann.

Umso wichtiger ist auch aus Sicht der SPD-Fraktion, insgesamt die nächsten Schritte in Richtung Gebührenfreiheit zu gehen. Deshalb freuen wir uns, gleich im nächsten Tagesordnungspunkt Eltern von Kindern in Karlsruhe spürbar zu entlasten und das auch dauerhaft.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Bürgermeister Lenz, wir haben dieses Thema diskutiert. Ich verstehe unsere GRÜNE- und SPD-Kollegen, dass die auch das Problem haben zwischen Aufwand in der Verwaltung und der Gerechtigkeit. Zuerst sollte man einmal Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen, und auch Danke allen, die in den Kitas gearbeitet haben. Aber die Eltern waren auch in einer sehr schwierigen Situation. Ich denke, dass es möglich ist, ohne so viel Aufwand, wie Herr Lenz sagt, doch eine Lösung zu finden.

Zu unserer Diskussion zwischen Gerechtigkeit und eines Verwaltungsaufwands ist trotzdem, dass wir dem LINKE.-Änderungsantrag zustimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion kann im Gegensatz zu den GRÜNEN und der SPD diese Kröte nicht schlucken. Wir werden dem Antrag der LINKE. zustimmen. Denn das ist ein Antrag, der gerecht ist, gerecht gegenüber den Eltern. Wenn hier auf diese 80 % hingewiesen wird, dann möchte ich noch einmal daran erinnern, dass es nur 80 % der städtischen Beiträge sind und nicht 80 % der realen Beiträge in den einzelnen Einrichtungen, die dort sehr unterschiedlich sind. Ich kann die Information, die wir in den letzten Tagen von betroffenen Eltern und Einrichtungen bekommen haben, nicht mit einer Handbewegung wegschicken. Wir sind auch der Meinung, dass ein Weg gefunden werden muss, tagesgenau abzurechnen. Da sehe ich es so, dass man enger mit den Einrichtungen zusammenarbeiten muss. Denn die haben das

schon aktenkundig für sich. Die haben diese Bürokratie, die jetzt wie ein Popanz aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion hier aufgebaut wird, schon praktisch in ihren Akten. Da müsste die Verwaltung nur bitten, darauf zugreifen zu können. Dann gehe ich davon aus, dass diese überbordende Bürokratie nicht wirklich greift. Wir sind der Meinung, da muss die Verwaltung noch einmal in die Richtung denken, wie gesagt, mit den Einrichtungen sprechen und sich von dort die tagesgenauen Zahlen abholen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Wir als kleine Fraktion sind heute in der glücklichen Lage bei diesem Tagesordnungspunkt, dass alle Vorredner schon gesagt haben, was darüber zu sagen ist. Man darf natürlich nicht vergessen, dass die Eltern in der Corona-Situation einer besonderen Schwierigkeit ausgesetzt waren. Das verkennen wir nicht. Aber es ist gesagt worden, dass hier ein finanzieller Aufwand betrieben werden muss, dass der Verwaltungsaufwand sehr hoch wäre, wenn man das tageweise abrechnen würde. Das wird wahrscheinlich nicht zu realisieren sein. Da viele Beiträge von der Stadt schon subventioniert werden, denken wir als Fraktion, ist das zu verkraften.

Ganz besonders möchte ich hervorheben, dass der erste Redner bei diesem Tagesordnungspunkt, Herr Kollege Bauer, alles gesagt hat, was wir auch besprochen haben. Das ist ganz selten, dass die AfD d'accord geht mit den GRÜNEN. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Vielen herzlichen Dank, Herr Bauer, Sie haben alles gesagt, wofür wir auch stehen. Das ist das eine.

(Unruhe, Zurufe)

- Danke schön. Sie brauchen sich nicht zu bedanken.

Noch ein Punkt zu den geeigneten Kräften, die vier Wochen einspringen können für diejenigen Kräfte, die corona-bedingt ein Attest haben und in den Einrichtungen nicht arbeiten dürfen. Selbstverständlich stimmen wir da zu.

Insgesamt ist die Beschlussvorlage für uns soweit in Ordnung. Wir stimmen zu. Den weitergehenden Änderungsantrag der GRÜNEN, die eine tageweise Abrechnung möchten, würden wir ablehnen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann den Schmerz von Kollege Bauer bis hierher nach vorne in die erste Reihe spüren.

Zunächst einmal würde ich mich heute auf unseren vorliegenden Änderungsantrag beschränken. Dieser Änderungsantrag kam erst so spät und deshalb standen vielleicht auch andere Fraktionen nicht mit darauf, weil wir bis Montagabend gehofft hatten, dass ein Signal der Verwaltung kommt, dass sie eine gute Lösung gefunden hat, nachdem im Jugendhilfeausschuss bei zahlreichen Stadträten bei den Ausführungen der Verwaltung ein sehr tiefes Stirnrunzeln stattgefunden hat. Ich habe den Herrn Hofmann noch sehr gut im Auge, wie er die Stirn gerunzelt hat, dass es nicht möglich sei, die Tage zu erfassen, an denen die Kinder in der Kita vor Ort waren.

Unser Antrag hat auch nichts mit Zynismus zu tun, Frau Melchien. Wir haben an vielen Stellen immer wieder sehr lobend die Verwaltung erwähnt, wegen der guten Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern. An der Stelle hatten wir nur das Gefühl, dass es sicherlich möglich sei, eine

gute Lösung zu finden im Sinne aller Beteiligten. Dass das nicht erfolgt ist, hat uns dazu bewogen, unseren Änderungsantrag einzureichen. Wir hoffen natürlich, dass der am Ende mehrheitlich angenommen wird. Denn ich glaube, das wäre in Zeiten von Corona trotz der schwierigen Haushaltslage noch einmal ein wichtiges politisches Zeichen an die Familien, dass sie eine dementsprechende Unterstützung haben, und dass auch kein Gefühl der Ungerechtigkeit aufkommt, wenn es dann nicht einmal ein Gefühl ist, sondern tatsächlich eine ist, wenn ich mein Kind nur an wenigen Tagen in die Kita schicken kann, ohnehin eine finanziell private schwierige Situation habe und dann den vollen Beitrag zu zahlen habe. Da würde ich das Gefühl der Ungerechtigkeit auch als Elternteil nachvollziehen können.

Herr Bürgermeister Lenz hat mit seinen Ausführungen im Jugendhilfeausschuss noch einmal bewirkt – vielen Dank an dieser Stelle -, dass wir in den letzten Tagen zahlreiche Post in unsere Fraktionsgeschäftsstellen bekommen haben. Da sind Sie ein wesentlicher Treiber davon, was uns allen große Aufwände verursacht hat. Aber ich hoffe trotzdem, dass wir heute diesen Änderungsantrag verabschieden, oder – falls er abgelehnt würde – die Verwaltung noch einmal in sich geht und noch einmal überlegt, ob nicht ein anderes Verfahren möglich wäre, was noch einmal ein Schritt in die richtige Richtung wäre. Am Ende kann ich nur dafür werben, dass wir diesem Änderungsantrag zustimmen. Das wäre noch einmal ein letztes familienpolitisches Signal an die Karlsruher Familien.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Herr Bürgermeister Lenz, ich wollte das gleiche sagen. Es war ein strategischer Fehler zu sagen, bei mir kamen keine Beschwerden an. Jetzt haben wir in der Tat im Nachgang zu diesem Aufruf unglaublich viele Mails von Eltern, das ging rum, in vielfacher Ausfertigung erhalten. Wir hatten viel Arbeit damit. Es ist in der Tat schwierig abzuwägen, für wen ist was gerecht. Natürlich finde ich es als Elternteil auch ungerecht. Ich würde mich wahrscheinlich genauso darüber aufregen. Aber gleichzeitig muss man auch wissen, die Stadt muss etwas vorhalten. Die Träger haben einen Dienst vorzuhalten. Der kostet auch weiter, ob die Kinder da sind oder nicht. Es sind zwei Dinge.

Deswegen würde ich gerne um einen dritten Weg werben. Machen Sie uns einmal ein Angebot, wie man dem entgegenkommen könnte, doch noch einen dritten Weg zu finden. Also nicht tagesgleich, aber vielleicht können Sie irgendwo eine gerechtere Lösung bringen, die den Eltern einleuchtet, dass sie passt und dass sie richtig ist. Das wäre meine Bitte. Ansonsten sind wir mit der Vorlage einverstanden. Den Änderungsantrag in dieser Form würden wir ablehnen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Entschuldigen Sie bitte, dass ich die Debatte kurz verlängere. Aber so können wir es nicht stehen lassen. Es gibt hier nicht Gute oder Böse oder Gerechte und Ungerechte. Der Teufel steckt im Detail in dieser Vorlage. Ich glaube, dass viele der Eltern, die uns geschrieben haben, diese Vorlage so im Detail gar nicht kennen und gar nicht wissen, was da drin steht. Hier steckt schon eine Differenzierung drin. Wenn ein Kind nämlich erst am 25. zum Beispiel in die Kita geht, dann zahlt das Elternteil auch nur ein Viertel dieses Betrags. Hier ist schon eine Differenzierung mit drin. Genau das hat Herr Bürgermeister Lenz uns das letzte Mal im Jugendhilfeausschuss erklärt, dass wir hier ein Stück weit Gerechtigkeit schaffen. Wir schaffen nicht die punktuelle Gerechtigkeit, Tag für Tag. Aber hier müssten wir so viel Geld aufwenden, neues Personal zusätzlich nehmen, die das entsprechend ausrechnen. Da wäre unverhältnismäßig.

Aber ich sehe trotzdem – deswegen ist mein Stirnrunzeln berechtigt – noch einen gewissen Spielraum, dass wir es vielleicht im Einzelfall bei dem einen oder anderen, der wirklich nur an einem Tag da war, regeln können. Das kann man doch einzeln regeln, wenn jemand kommt, und nicht eine generelle tagesgenaue Abrechnung fordern. In dem Fall können wir, wie meine Kollegin vorhin schon sagte, entsprechend zustimmen. Ich will noch einmal betonen, hier geht es nicht um gerecht und ungerecht. Ich denke, ein gewisser Gerechtigkeitsbereich ist schon drin. Es war auch nicht gerecht, wer als systemrelevant bezeichnet wurde und wer nicht. Es war nicht gerecht, dass einige Eltern komplett zuhause bleiben mussten und andere nicht. Bitte, lassen Sie uns den Weg, den wir ganz sachlich und gut gegangen sind, auch weiter zusammen gehen. Ich bin mir ganz sicher, dass es viele Eltern draußen dann auch verstehen würden. Ich bitte aber auch noch einmal das Dezernat, wie meine Kollegin gesagt hat, wirklich bei diesen Einzelfällen, wenn wirklich das eine oder andere schwierig ist aufgrund von Kurzarbeit, zu versuchen, den einen oder anderen zu unterstützen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Bimmerle, ich finde es ziemlich unangemessen, wie Sie hier sagen, da sind Leute ungerecht behandelt worden. Sie müssen bedenken, in welcher hervorragenden Situation wir uns als Eltern von Kindern, die in Kindertagesstätten oder in Schülerhorten betreut werden, in Karlsruhe befinde. Ich gehöre auch dazu. Wenn Sie einmal wenige Kilometer Richtung Süden fahren, in die Schweiz, werden Sie feststellen, was eine Kinderbetreuung eigentlich kostet. Dann werden Sie merken, dass wir als Eltern hier massiv staatlich und von der Stadt unterstützt werden. Wir müssen etwa nur ein Fünftel der Kosten bezahlen, die für die Betreuung unserer Kinder anfallen. Darüber hinaus gewährt die Stadt Karlsruhe bei Geschwisterkindern noch zusätzliche Nachlässe. Wir haben es als Eltern bereits sehr gut in Karlsruhe. Wenn man bedenkt, dass dieser Service, dieser Dienst all die Jahre zuverlässig erbracht wird und wir uns als Eltern voll darauf verlassen können, dann muss ich sagen, dass in so einer Krise, von der jeder unterschiedlich betroffen ist – bei uns mussten auch die einen zuhause bleiben, die anderen mussten ganz normal zur Arbeit kommen – man auch hinnehmen muss, dass man bei der einen Sache etwas Nachteile hat im Vergleich zu anderen, und in anderen Bereichen dafür wieder Vorteile. Deswegen finde ich es nicht richtig, in so einer Situation, wo wir als Eltern schon stark subventioniert werden, dann noch auf den letzten Heller und Pfennig von der Stadt ausrechnen lassen zu wollen, wieviel rückzuerstatten ist. Denn diese Kosten muss auch wieder die Allgemeinheit bezahlen. Diese Kosten für dieses Nachrechnen muss die Allgemeinheit bezahlen. Das sind städtische Kosten, die der Steuerzahler letztendlich zu tragen hat. Da muss man einfach der Verwaltung glauben, wenn sie sagt, es ist unverhältnismäßig. Da müssen wir als Eltern einfach akzeptieren, dass wir an der Stelle vielleicht ein paar Euro zuviel bezahlen. Aber dafür können wir diesen Dienst, den uns die Stadt, den uns die freien Träger bieten, auch sonst immer wieder in Anspruch nehmen. Darüber freuen wir uns als Eltern.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich wollte nochmals betonen, dass ich gesagt habe, es könnte ein Gefühl der Ungerechtigkeit entstehen. Das ist ein ganz großer inhaltlicher Unterschied. Ich habe auch nicht gesagt, dass es eine böse Verwaltung gibt und eine gute Fraktion, die den Änderungsantrag wollte. Das habe ich auch nicht gesagt. Wir haben nur im Detail einen Unterschied bei einem gewissen Punkt. Das ist mir noch einmal wichtig klarzustellen für die Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir anders als andere Städte zunächst einmal alle Zahlungen an die sozialen Träger fortgesetzt haben, ohne dass überhaupt nachgewiesen werden musste, was an Aufwand noch weiter da war und was nicht da war.

Dann haben wir eine Notbetreuung mitunterstützt und bei unseren eigenen Einrichtungen durchgeführt, für die für die ersten sechs Wochen überhaupt keine Beiträge erhoben wurden. Dann wurde die Notbetreuung ab 18. Mai kostenpflichtig. Jetzt geht es um die Stufe, wo eigentlich fast alle theoretisch wieder ein Angebot aus ihren Einrichtungen bekommen konnten. Da haben die Träger ganz unterschiedliche Angebote gemacht. Es gibt rollierende Systeme, es gibt eingeschränkte Öffnungszeiten, es gibt tageweise. Jeder Träger und oft auch jede Einrichtung hat es etwas anders gemacht. Da ist es ein pragmatischer Weg, und zwar nicht nur aus Gründen der Bürokratie, dass wir dann sagen, ab dem Zeitpunkt, wo jemand das Angebot in Anspruch nimmt, das er von seiner Kindertagesstätte bekommt, soll er wieder den Beitrag zahlen, zu dem er sich ursprünglich verpflichtet hat. Nicht zahlen müssen es die 30 %, die sowieso unter die wirtschaftliche Jugendhilfe fallen. Nicht zahlen müssen es die Geschwisterkinder. Wenn jemand durch Kurzarbeit oder was auch immer, jetzt in eine bedürftige Lage kommt, dann wird er auch unter diese wirtschaftliche Jugendhilfe fallen. Natürlich kann ich dann Einzelfälle über den Träger abbilden.

Uns geht es auch gar nicht darum, dass wir das alles entscheiden, sondern wir rechnen mit den Trägern so ab. Auch der Träger kann es wieder völlig unterschiedlich mit seinen Eltern handhaben. Es geht hier vor allem um die Schnittstelle Stadt zu den Trägern und Erstattung der möglichen ausfallenden Kindertagesstättegebühren. Ein Träger kann es dann natürlich auch wieder ganz anders für sich handhaben.

Wenn Sie einmal andersherum denken, hätten wir eigentlich zu Beginn der Corona-Zeit alle Betreuungsverträge aufkündigen müssen, weil wir zu den Beträgen gar nicht mehr in der Lage gewesen wären, die Betreuung sicherzustellen. Dann hätte man in Anbetracht der jeweiligen Möglichkeiten überhaupt noch Betreuung anzubieten, neue Betreuungsverträge schließen müssen. Dann hätten die Eltern einen mehrfach höheren Beitrag zahlen müssen, weil ein Betreuungstag unter Corona-Bedingungen für den Träger viel teurer ist, als ein Betreuungstag unter nicht Corona-Bedingungen, weil er Gruppen ganz anders aufteilen muss, Personal voneinander trennen usw. Ich glaube deswegen, dass wir in Anbetracht der Gesamtabfolge und der Gesamtdiskussion eigentlich ganz gute pragmatische Lösungen gefunden haben, die eigentlich von allen ein Stück weit auch ein Beitrag der Solidarität zum Erhalt dieses Systems abfordert.

Insofern halte ich das nicht nur aus Bürokratiegründen, sondern auch aus anderen Gründen für ein gerechtfertigtes Vorgehen und bin insgesamt sehr dankbar, dass Sie dieser Argumentation der Verwaltung folgen können. Ich sage aber auch zu – ich weiß, die einzelnen Träger sind sowieso frei in ihrer Gestaltung –, dass man mit Sicherheit bei einzelnen Elternpaaren oder Alleinerziehenden, die in einer besonderen Situation sind, Einzellösungen finden wird. Theoretisch würde nach der tageweisen Abrechnung dann die Diskussion kommen, ich habe zwar an dem Tag mein Kind gebracht, aber statt der 8 Stunden hat mir die Kita nur 6 Stunden angeboten. Dann kommen wir in die nächste Diskussion. Wenn das gerecht ist, dass man für die Leistung bezahlt, die man bekommt, aber die alten Betreuungssätze unterstellt, ist es ungerecht. Aus Sicht des Trägers ist es ungerecht, dass er eine Leistung bringen muss, die ihn vielleicht das Dreifache an Personalkosten abfordert und er soll es trotzdem nur zu einem Drittel anbieten. Für alle Seiten wird es nie gleichzeitig gerecht. Ich glaube, dass wir einen ganz guten Weg gefunden haben, durch diese Pandemie mit verschiedenen Abschnitten, die jeweils angepasst waren an die Nachfrage und die Möglichkeiten an Notbetreuung, Regelbetreuung, geregelter oder kontrollierter Regelbetreuung.

Damit kommen wir zum Änderungsantrag der LINKE. Ich bitte Sie um das entsprechende Kartenzeichen. – Das sind 11 Zustimmungen und ansonsten Ablehnung. Das sind bei 48 Anwesenden 37 dagegen und 11 dafür.

Wir kommen damit zur unveränderten Beschlussvorlage der Verwaltung. Da bitte ich Sie auch um Ihr Kartenzeichen. – Da sehe ich 4 Gegenstimmen, ansonsten nur Zustimmung. Dann sind wir bei 44 Zustimmungen und 4 Gegenstimmen, damit mehrheitlich angenommen.

Ich glaube, dem vielfach vorgetragenen Dank an die Trägerinnen und Träger, Erzieherinnen und Erzieher und auch unsere Dezernate und allen, die mitgeholfen haben, können wir uns alle gerne anschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. August 2020